
Bernd Reddies

Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen im südostasiatischen Raum - am Beispiel Singapores

Bernd Reddies, geb. 1942 in Berlin, M. A. Politikwissenschaft, Bundesassistent, ist seit 1980 für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Asien tätig und gegenwärtig Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tokyo.

„Das sind 616 Quadratkilometer, allerdings bei Ebbe,“ ist eine beliebte Formulierung, wenn Singaporeaner dem Fremden einen Begriff von der begrenzten Fläche des Inselstaates vermitteln wollen. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts haben sich dort Einwanderer vor allem aus Südchina, Südindien und der malaysischen Halbinsel angesiedelt. Die britische Kolonialmacht achtete streng auf getrennte Siedlungsräume der ethnischen Gruppen. Die Vielfalt gibt dem Stadtbild noch heute touristischen Reiz. Andererseits sind die bestehenden ethnischen und religiösen Unterschiede in der Bevölkerung Singapores weiterhin öffentlicher Erörterung oder Darstellung entzogen. Sie fallen unter den Sammelbegriff der „sensitive issues“. In abgewandelter Form bestehen solche Taburegelungen auch in anderen Staaten Südostasiens. Sie können nicht unbeachtet bleiben, wenn die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entwicklungen dieser Länder nachgezeichnet und die Hintergründe beleuchtet werden sollen.

Singapore als Mitgliedsstaat im lockeren ASEAN-Verbund zählt zusammen mit Hongkong, Taiwan und Südkorea zu den „vier kleinen Drachen“, den vier erfolgreichen Industrieländern Asiens, den „Newly Industrialized Countries“ (NIC's) mit konfuzianistischem Hintergrund. Nach Japan erwirtschaftet Singapore seit Ende der siebziger Jahre in Asien jährlich das höchste Einkommen pro Einwohner. Wenn im folgenden die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen und der Gewerkschaften in Singapore dargestellt werden, so dürfen die spezifischen historischen, gesellschaftspolitischen und sozialen Konstellationen vor Beginn der forcierten Industrialisierung nicht außer acht gelassen werden.

In Zeiten britischer Herrschaft besaß Singapore einen Sonderstatus als „Straits Settlement“ zusammen mit Penang und Malakka. Als Singapore nach zweijähriger Zugehörigkeit aus dem 1963 gegründeten Malaysia hinausgeworfen wurde, die Engländer zudem noch ihren Rückzug aus den Positionen östlich von Suez einleiteten, stellte sich für Singapore die Frage nach einer Strategie zur wirtschaftlichen Sicherung der Überlebensfähigkeit in staatlicher Eigenständigkeit. Hinzu kam, daß Singapore zum einzigen Staat in Südostasien mit chinesischer Bevölkerungsmehrheit wurde. Beinhaltete diese Konstellation im Bereich des Handels und des Bankgewerbes große Chancen für Singapore, so galt es die daraus resultierenden regionalpolitischen Konsequenzen mit Umsicht zu handhaben.

Politisch geführt wird Singapore seit 1959 vom Premierminister Lee Kuan Yew. Nachdem er in Cambridge studiert hatte war er als junger Rechtsanwalt seit Mitte der fünfziger Jahre für die Gewerkschaften im Rechtsschutz tätig. In der stark links orientierten und chinesisch dominierten „People Action Party“ (PAP) gehörte er zum moderaten Minderheitsflügel. Im Bündnis mit dem antikommunistischen Gewerkschaftszentrum „National Trade Union Congress“ (NTUC) gewann die Gruppe um ihn an politischem Einfluß. Nach der Verhaftung linker Politiker und Gewerkschafter im Jahr 1963 erklärte die PAP 1976 unter Berufung auf die von den Briten hinterlassenen Internationalen Sicher-

heitsvorschriften den Austritt aus der „Sozialistischen Internationale“ angesichts dort zunehmender Kritik.¹

Internationale Investoren werden geworben

Ein Kennzeichen des Pragmatismus der Regierung Lee Kuan Yew war von Beginn an, in der Welt nach gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ansätzen Ausschau zu halten, die in Teilen oder als größere Einheit für die Entwicklung Singapores von Nutzen sein könnten. Im Bereich der Wirtschaftspolitik wurde der Niederländer Prof. Dr. A. Winsemius zum engsten Berater und einflußreichen Mitgestalter. Er entwarf den wirtschaftlichen Entwicklungsplan, um dessen Realisierung die Regierung sich konsequent bemühte. Hier die wesentlichen Etappen:

1960—1970 Schaffung von Arbeitsplätzen und eines günstigen Investitionsklimas;

1970-1980 Förderung höherer Technologie und Ausbau des Sektors;
1980-1990 Umstellung auf Hochlohn und Industrien mit hoher Wertschöpfung.

Dieser Planung lag die Überzeugung zugrunde, daß ein kleiner Inselstaat mit rund 2,5 Millionen Einwohnern ohne Rohstoffbasis auf intensive Entwicklung und Nutzung des gegebenen Potentials an Arbeitskräften angewiesen ist. Lee Kuan Yew, seine wechselnden Kabinette und seine straff organisierte Administration arbeiten seit der Regierungsübernahme konsequent an der Schaffung einer in bezug auf Effizienz und Produktionstechnik den Nachbarstaaten vorausweisenden Industriegesellschaft. Bei der Modernisierung kam der Regierung zugute, daß es nur einen unbedeutenden agrarischen Bevölkerungsanteil gab, die Regierung daher ihre Entwicklungsperspektive an eine anpassungsbereite, lernwillige, fortschrittsoffene, urbane Einwanderungsgesellschaft herantragen konnte.

Bis Anfang der sechziger Jahre waren die Gewerkschaften im privaten Sektor vielfach Klientelvereinigungen, die in Teilen eher chinesischen Gilden ähnelten und zudem Orte intensiver politischer Agitation und Aktion waren. Im öffentlichen Dienst allerdings waren unter britischem Einfluß schon in der Nachkriegsphase ethnisch übergreifende Gewerkschaften beachtlicher Stärke entstanden.

Die Industrialisierung sollte nach dem Winsemius-Konzept über die Ansiedlung multinationaler Unternehmen eingeleitet werden. Exportorientierte Fertigung multinationaler Unternehmen sollte über ein Paket steuerlicher und infrastruktureller Anreize ins Land geholt werden. Bestandteil des Angebots an die ausländischen Investoren sollte die Perspektive geordneter Arbeitsbeziehungen bei politischer Stabilität sein.

¹ Eine kritische Darstellung des Politikers Lee Kuan Yew siehe T. J. S. George, *Lee Kuan Yew's Singapore*, Eastern University Press Bhd., Singapore 1973, erneute Auflage 1984. Wohlwollender Alex Josey, *Lee Kuan Yew*, Donald Moore Press, Singapore 1968.

Die Gewerkschaften wachsen mit

Der NTUC-Kongreß 1969, der sich thematisch mit Fragen der Modernisierung der Arbeitswelt befaßte², kann als Schnittstelle in der Entwicklung des Gewerkschaftswesens in Singapur angesehen werden. In Anwesenheit des Premiers und einiger Kabinettsmitglieder bejahte der Kongreß die Industrialisierungskonzeption, die als Konsequenz auch eine verstärkte Internationalisierung des Inselstaats beinhaltet. Unter Verzicht auf eigene politische Ambitionen wollte die Gewerkschaftsbewegung künftig sowohl die Rechte der Arbeitnehmer vertreten als auch den wirtschaftlichen Wachstumskurs aktiv und verantwortungsbewußt mittragen. Im Gegenzug stellte der Staat Teilhabe am wirtschaftlichen Ergebnis in Aussicht und unterstützte den Aufbau einer gewerkschaftseigenen Genossenschaftsbewegung. Die Verbrauchergenossenschaft NTUC-Fairprice ist heute mit modernen Selbstbedienungsläden in allen Wohngebieten vertreten. Die Versicherung NTUC-Income ist im Hinblick auf Angebot und Geschäftspolitik ein modernes, marktsicheres Dienstleistungsunternehmen. Mit der grundsätzlichen Zustimmung aus der Gewerkschaftsbewegung hatte die Regierung einen wichtigen Verbündeten für ihr Konzept einer Stabilisierung und Modernisierung des Staates im Wege einer Industrialisierung mit Hilfe ausländischer Investoren gewonnen.

Parallel zum einsetzenden industriellen Wachstum wurde von staatlicher Seite aus ein Bündel von Maßnahmen zum Ausbau der sozialen Sicherung und Infrastrukturverbesserung durchgeführt. Wohnungsbau, Gesundheitswesen, Schul- und Ausbildungswesen, Altersversorgung wurden mit großem finanziellen Aufwand und unmittelbar sichtbarem Erfolg in staatlicher Regie gefördert. Die Welt begann den wirtschaftlich erfolgreichen Singapur-Weg zunächst mit Erstaunen, dann mit zunehmender Achtung zur Kenntnis zu nehmen. Jährlich zweistellige Wachstumsraten im industriellen Bereich, mit dem ein Ausbau des Sektors einherging, schufen die erhofften Arbeitsplätze.

Unter dem Dach des NTUC wuchs die Gewerkschaftsbewegung. Ende der siebziger Jahre lag die Organisationsrate mit über 220000 Mitgliedern bei 30 Prozent der Organisierbaren auf einem Höchststand. Besonders gewachsen waren die beiden Gewerkschaften des industriellen Produktionsbereichs, „Pioneer Industries Employees Union“ (PIEU)³ und „Singapore Industrial Labour Organization“ (SILO). Ende der siebziger Jahre waren diese Gewerkschaften mit annähernd 100000 Mitgliedern zu einem potentiellen Machtzentrum herangewachsen. In diesen „Omnibusgewerkschaften“ - so genannt, weil sie alle Sektoren der expandierenden industriellen Produktion organisierten - war damit annähernd die Hälfte aller in Singapur gewerkschaftlich Organisierten erfaßt.

2 Die Verhandlungen und Ergebnisse des Kongresses siehe: „Why Labour must go modern“, Hrsg. NTUC, Singapur 1970.

3 „Pioneer Status“ wird ausländischen Unternehmen bei Erfüllung bestimmter Kriterien vom Staat gewährt. Damit verbunden sind Ansiedlungs- und Steuererleichterungen.

Eine Verwaltungszentrale, größer als das NTUC-Gebäude, war im Bau, als im Jahr 1979 überraschend der Generalsekretär der PIEU/SILO wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten im angeschlossenen Genossenschaftsbereich des Amtes enthoben wurde. Einem Gerichtsverfahren konnte er sich durch Verlassen des Landes entziehen.

Ebenfalls 1979 wurden Unterstrukturierungen im NTUC deutlich. Der 1977 für den NTUC gewonnene Harvard-Absolvent und vormalige Beamte Lim Chee Onn, Mitte 30, wurde neuer Generalsekretär des NTUC und brachte eine Zahl junger Hochschulabsolventen (von den alten Gewerkschaftern Wunderkinder, „whiz kids“, genannt) in die Organisation ein. Als Minister ohne Aufgabenbereich erhielt er zudem Kabinettsitz.

Ausweitung politischer Kontrolle

Gab es in den Gewerkschaften bis dahin noch immer Überlegungen, nach britischem Vorbild eine Tages Partei und Gewerkschaft institutionell zu verflechten, so stand die politische Elite der PAP dieser Idee ablehnend gegenüber. Aber für die Kaderpartei PAP stellte sich zunehmend die Frage einer zuverlässigen Einbindung der in Mitgliederzahl und Selbstbewußtsein gestärkten Gewerkschaftsbewegung. Auf dem NTUC-Kongreß 1979 wurden als Nahziele definiert:

- Verstärkung der Bindungen zwischen PAP und NTUC über die Einrichtung eines achtköpfigen PAP/NTUC Verbindungskomitees.
- Auffächerung der Omnibusgewerkschaften PIEU/SILO in zehn Industriezweiggewerkschaften bei gleichzeitiger Einbringung junger Führungskräfte auch von außerhalb der Gewerkschaften.
- Vereinigung der Verbrauchergenossenschaften in einem Zentralverband.
- Ausbau des NTUC zu einer effizienzorientierten, professionalisierten Stabsorganisation.

Hintergrund aller Überlegungen der Regierung zum Gewerkschaftswesen wurde zunehmend die Suche nach einer Organisationsstruktur, die auch in politischen oder ökonomischen Krisenzeiten sicherstellen sollte, daß die Gewerkschaften in ihren Handlungen durch die Regierung kontrollierbar blieben. Ende des Jahres 1979 wurde die Stärkung der Zentralorganisation NTUC bei gleichzeitigem Einbau politischer Mandatsträger in leitende Stabsstellen als Weg bestimmt.

Ansätze einer Aktion „Dienst nach Vorschrift“ der SIA-Piloten gegen Ende des Jahres 1980 veranlaßte den Premier angesichts hilfloser Reaktionen des etablierten Schlichtungsapparates unter Einbeziehung des Ministry of Labour, Arbitration Court, Registrar of Trade Unions zur Androhung einer Auflösung der Fluggesellschaft bei anschließender Neugründung. Dieser vergleichsweise harmlose Arbeitskampf signalisierte den regierenden Politikern ein bei aller gegenwärtiger Friedlichkeit der Arbeitsbeziehungen fortbestehendes Moment der Unsicherheit. Die Gewerkschaften als einzige Massenor-

ganisation im Staate mit etablierter Organisation und mobilisierbarer Mitgliedschaft stellten damit in der Sicht der Politiker grundsätzlich auch ein Gefahrenpotential dar. Sollten sie in die Hände geschickter politischer Agitatoren fallen, so könnte das Aufbauwerk gefährdet werden, ist Lee Kuan Yews immer wieder geäußerte Untergangsvision.

Diese Skepsis gegenüber einer grundsätzlich für möglich erachteten „politischen Verführbarkeit“ der Gewerkschaften durch Regierungsgegner findet ihren Niederschlag in den Satzungen der 1981 gegründeten Nachfolgegewerkschaften zur PIEU/SILO. In den neuen Gewerkschaften wurden - ähnlich der PAP - abgestufte Mitgliedschaften eingeführt. Ein Beirat („Council of Advisors“), bestehend aus berufenen (founder) und (cadre-)Mitgliedern, die nicht aus der Gewerkschaftsbewegung kommen müssen, steht über allen anderen Gremien der Einzelgewerkschaften. Daneben gibt es „ordentliche“ und „Ehren“-mitglieder. Im von den „ordentlichen“ Gewerkschaftsmitgliedern zu wählenden Vorstand stehen dem „Council of Advisors“ ein Drittel der Sitze zu. Das Council hat zudem das Recht, den gewählten Vorstand für jede Handlung, die den Interessen der Gewerkschaft schadet, zu entlassen. Zusätzlich überwacht ein vom Generalsekretär des NTUC zu ernennender „executive secretary“ den von den Mitgliedern gewählten Generalsekretär der Gewerkschaft bei der Ausführung der Alltagsaufgaben. Seit Ende 1981 ist die Umstrukturierung der PIEU/SILO in zehn Einzelgewerkschaften abgeschlossen. Doch neue Weichenstellungen zur Entwicklung des Gewerkschaftswesens überholten vereinzelt aufkommende innergewerkschaftliche Diskussionen um die neuen Satzungen.

„Look East“ - ein neues Erfolgsrezept?

„Look East“ hatte Anfang der achtziger Jahre Teile der herrschenden politischen Eliten in Südostasien erfaßt. Glaubte man noch daran, daß in Europa die „britische Krankheit“ eines überzogenen gewerkschaftlichen und sozialen Anspruchsdenkens die Wirtschaft strangulierte und als „Eurosclerosis“ epidemisch auf den Kontinent übergriff, so strahlte am anderen Ende ein japanischer Aufsteiger um so heller. Auch bundesdeutsche Politiker mit Wendeambitionen trugen damals bedenkenlos tiefschwarze Pinselstriche zu diesem Untergangsgemälde bei. (Da sie innenpolitisch motiviert agierten, entging ihnen zunächst, welchen Schaden sie dem Ansehen des Industrielandes Bundesrepublik Deutschland im Ausland zufügten.)

Die Regierung von Singapore bat Japan Anfang 1981 um die Durchführung eines Entwicklungsprojektes dem „Singapore Productivity Development Project“ (SPDP).⁴ Ein zur Vorbereitung des Projekts in Singapore vom Premier berufener Produktivitätsausschuß legte Mitte 1987 einen Empfehlungska-

⁴ Über den Verlauf des SPDP hat der stellvertretende Direktor des „Japan Productivity Center“, Herr Tsuneaki Taniguchi, auf der „Asian Regional Conference on Industrial Relations“ vom 26./27. März 1987 in Tokyo berichtet. Sein Papier „Overview of the Singapore Productivity Development Project“ (SPDP) wird hier herangezogen.

talog zur Verbesserung von Produktivität, Arbeitsmoral und Arbeitsbeziehungen vor. Die Gewerkschaftsbewegung war in dem Gremium allerdings nur über ein Mitglied aus der „zweiten Reihe“ vertreten. Eine zentrale Empfehlung dieses Ausschusses sah vor, das Gewerkschaftswesen, wo immer möglich, auf Betriebsgewerkschaften umzustellen. Beginn der NTUC umgehend mit der Identifizierung geeignet erscheinender Betriebe, so signalisierten nicht nur einige Gewerkschaften geringes Interesse. Abwägende Zurückhaltung wurde zur Überraschung der Regierung und des NTUC auch von vielen ausländischen Managern - besonders aus europäischen Unternehmen - geäußert.

Von den Konzernzentralen auf einige Jahre in die Produktionsanlagen in Singapore entsandt, hatten die meisten Manager über den NTUC und seine angeschlossenen Industriezweiggewerkschaften bislang keine Klagen vorzubringen. Im seit 1972 bestehenden drittelparitätisch besetzten „National Wages Council“ (NWC) wurden die Lohnleitlinien jährlich neu verabschiedet und mit Hilfe der Gewerkschaften auf Betriebsebene umgesetzt. Das Verfahren ersparte produktionsstörende Lohnverhandlungen auf Betriebsebene und sicherte zudem industrieweit abgestimmte Lohnstrukturen. Der heimatischen Konzernzentrale konnten die NWC-Lohnerhöhungen alle Jahre wieder als nationale Rahmenbedingung vorgelegt werden, der man sich anzuschließen hatte. Immerhin waren von 1979 bis 1984 nicht nur teilweise zweistellige Lohnzuwächse, sondern auch steigende Zahlungen in die Rentenfonds von den Arbeitgebern zu bewältigen. Die Regierung forcierte bis 1983 die Hochlohnpolitik, um über die Verteuerung der Arbeitskräfte die Einführung moderner Produktionstechnologien zu stimulieren. Arbeitsintensive Industriezweige sollten schrittweise von Produktionszweigen mit höherer Wertschöpfung verdrängt werden. Die ausländischen Investoren begannen allerdings zu klagen, als der Wert des Singapore Dollar Anfang der achtziger Jahre parallel zum US-Dollar beständig stieg und zusätzlich das Lohnniveau an den Nachbarländern deutlich vorbeizog. Aber Betriebsgewerkschaften standen zumindest für die meisten europäischen Investoren nicht auf der Wunschliste.

Der NTUC-Kongreß 1982 verabschiedete als künftig wichtigste Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung:

- Vermittlung der nationalen Politik zu den Arbeitnehmern;
- Ausbau und Stabilisierung der Kooperation zwischen PAP und NTUC;
- Ausbildung und Motivierung der Arbeitnehmer zu Disziplin, beruflicher Qualifikation und hoher Arbeitsleistung.

Seit Mitte 1982 läuft in Singapore, parallel zur Bemühung um die Einführung japanischer Managementmethoden, eine breit angelegte Kampagne in den Medien und vielen Gremien zur Steigerung der Produktivität. Den Gewerkschaften ist darin eine führende, verantwortliche Rolle zugewiesen. Allerdings wurden Spannungen im NTUC deutlich, als im April 1983 nach einer Krisensitzung beim Premier der Generalsekretär des NTUC und Minister ohne Aufgabenbereich, Lim Chee Onn, seines Amtes enthoben wurde. In

einem offenen Brief kritisierte der Premier die Amtsführung. Zum neuen Generalsekretär des NTUC - und er ist es bis heute - wurde der Arbeitsminister und Chairman der PAP, Ong Teng Cheong, berufen.

Die Japaner begannen im Juni 1983 mit der Durchführung des auf fünf Jahre angelegten 4 Milliarden-Yen- (rund 48 Millionen DM) -Experiments „Singapore Productivity Development Project“ (SPDP). Der projektbeteiligte Herr Taniguchi berichtete auf einem Kongreß 1987 in Tokyo über einen grundsätzlichen Erfolg, allerdings auch über fundamentale Meinungsunterschiede bezüglich der Auffassung Singapores, daß sogar nicht greifbare (intangible) Dinge zu meßbaren (tangible) Resultaten führen müßten.⁵ Als zusätzliches Problem bewertete er das Mißtrauen zwischen Mangement und Arbeitnehmersvertretung, das Fortschritte im Technologietransfer in zahlreichen wichtigen Bereichen behindere.⁶

Ein unerwarteter Konjunkturunbruch - Hinweis auf strukturelle Probleme

Parallel zu den Bemühungen der Regierung um Modernisierung der einheimischen Industrien zeigten die transnationalen Unternehmen seit 1982/83 bei Investitionen zunehmende Zurückhaltung. Einige japanische Unternehmen in Singapore leiteten Produktionseinschränkungen und sogar Produktionsverlagerungen in die USA und EG ein. Die Konjunkturzyklen der Chips- und Elektronikindustrie verliefen seit Anfang der achtziger Jahre in Fieberkurven und der überhitzte Bausektor brach 1984 ein. Das Wirtschaftswachstum fiel von 10 Prozent im ersten Quartal 1984 in großen Schritten auf Null im zweiten Quartal 1985. Das wachstumsverwöhnte Singapore sah sich erstmals seit Einleitung der Industrialisierungspolitik mit einer Rezession und vorrangig strukturellen Problemstellungen konfrontiert. Einige Skandale im Bankenbereich verschärften die aufkommende Krisenstimmung. Die Gewerkschaften reagierten 1985 auf den negativen Wachstumstrend, indem sie „spontan“ auf die in schwierigen NWC-Verhandlungen gerade ausgehandelten Lohnerhöhungen verzichteten. Die nominalen Lohnerhöhungen lagen 1985 in Singapore unter einem Prozent. Obwohl die Wachstumswahlen gegenwärtig wieder anziehen - für 1987 traut die „Asian Development Bank“ (ADB) Singapores Volkswirtschaft ein Wachstum von 5 Prozent zu - empfiehlt der Premier den *Arbeitgebern* auch für 1987 nochmals Zurückhaltung bei den Lohnzuwächsen.

Angesichts des Konjunkturunbruchs 1985 war eine Kommission unter Leitung des Brigadegenerals Lee Hsien Loong, dem ältesten Sohn des Premiers, zur wirtschaftlichen Bestandsaufnahme und Strategieentwicklung eingesetzt worden. In mehreren Arbeitskreisen wurden von Unternehmensrepräsentanten Empfehlungen für die Wirtschaftssektoren erarbeitet und Anfang 1986 der Öffentlichkeit vorgestellt. Den Arbeitgebern und potentiellen Investoren wurden neben einem Paket von Steuervergünstigungen auch Kostensenkungen bei Löhnen und Lohnnebenkosten in Aussicht gestellt. Zunächst

5 Ebenda, S. 7.

6 Ebenda, S. 9.

wurde, auf zwei Jahre befristet, ein Lohnstopp und eine Reduzierung des Arbeitgeberanteils zum Rentenfonds um 15 auf 10 Prozent des Lohns von der Kommission empfohlen - und von der Regierung ohne Verzug umgesetzt. Das NWC wurde beauftragt, ein elastisches Lohnsystem zu erarbeiten. Vor allem, so die Kommission, werde es Aufgabe des NWC sein, künftig einen nationalen Konsens über ein neues Steuersystem und über eine neue Arbeitsmarktgesetzgebung herbeizuführen.⁷ Selbst um den Preis eines zeitweiligen Rückgangs im Lebensstandard müsse diese breitangelegte Strategie zur Gewinnerhöhung der Unternehmen durchgeführt werden, empfahl das Komitee. Seinen Arbeitskreisen gehörten neben 98 Unternehmern, Managern und Wissenschaftlern zwei NTUC-Repräsentanten an.

Wenn seit Mitte 1986 die Ausweitung und Neuansiedlung transnationaler Industrieproduktion wieder anwächst, so müssen zusätzlich zwei Komponenten erwähnt werden: Seit dem Treffen der Finanzminister der großen Industriestaaten im September 1985 fiel der US-Dollar gegenüber dem Yen und europäischen Währungen ab. Damit stürzte auch der Singapore-Dollar, der an den US-Dollar gekoppelt ist. Das entlastete die exportorientierten Produzenten vor Ort. Mit dem gestiegenen Yen wurde es für große japanische Unternehmen kostenattraktiv, heimische Fertigung in die asiatischen NIC's auszulagern. Das kommt auch Singapore zugute. Lohnkontrolle und Steuererleichterungen als regierungsverbürgtes Angebot, dazu Kostensenkungen durch 40prozentige Verbesserung bei den Währungsparitäten machen Singapore gegenwärtig zu einem anlegerfreundlichen Investitionsstandort. Ersehnte High-tech-Ansiedlungen jedoch erfolgen kaum. Japanische Unternehmen haben in verschiedenen Industriesparten weltweit mit der aggressiven Konkurrenz aus Süd-Korea zu kämpfen. Diese in Japan „Bumerang-Effekt“ genannte Erfahrung will man offensichtlich nicht wiederholen.

Der Regierung in Singapore ist nicht entgangen, daß aus der westlichen Welt auch kritische Kommentierungen zu den gesellschaftspolitischen Konsequenzen der singaporianischen Philosophie des wirtschaftlichen Wachstums um jeden Preis vorliegen. Seit längerem schwelt ein Streit mit dem von der Dow Jones-Gruppe herausgegebenen „Asian Wall Street Journal“ und anderen überregionalen wirtschaftsliberalen Zeitungen.

In der Ausgabe vom 21. Mai 1987 gab die „Far Eastern Economic Review“ (FEER) dem in Singapore lebenden Journalisten Seah Chiang Nee in der wöchentlichen Kolumne Gelegenheit, seinen Standpunkt zu den innen- und gesellschaftspolitischen Begleiterscheinungen der Wachstumsphilosophie in Singapore zu äußern.⁸ In grundsätzlicher Übereinstimmung mit dem Konzept der Regierung bezieht der Autor sehr deutlich Stellung auch zur Rolle der Gewerkschaften und ihrer Perspektiven in Singapore. „Die Gewerkschaften in Singapore übernahmen die Arbeitsmoral der Japaner, Süd-Koreaner und

7 Report of the Economic Committee, The Singapore Economy: New Directions, Ministry of Trade and Industry, Republic of Singapore, Februar 1986, S. 104.

8 Chiang Seah Nee, The social strains of Singapore's growth, in FEER: The 5th Column, 21 May 1987.

Taiwanesen . . . Über industrielle Konflikte runzelt man die Stirn und die Arbeitskosten unterliegen einer strikten Kontrolle, damit sie auch in das industrielle und ökonomische Klima hineinpassen.“

Als gesellschaftspolitische Perspektive für Singapore unter der PAP betrachtet er Singapore als „eine nicht kommunistische, konservative, kapitalistische Gesellschaft, deren Hauptanliegen wirtschaftliches Wachstum ist.“ Im Hinblick auf die Entwicklung einer politischen Perspektive für den weiteren Aufbau eines solchen Staates gibt der Autor zu bedenken: „Würde man auf eine westliche parlamentarische Struktur nach dem Prinzip ‚Ein Mann — eine Stimme‘ und einer Betonung des Vorrangs individueller Rechte über die Interessen einer Nation zurückgreifen, so würde sich die strikte Einhaltung einer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Disziplin für lange Zeit als undurchführbar erweisen. Disziplin und individuelle Rechte widersprechen sich gegenseitig.“

Daß der Weg auch Kritiker findet, wird eingestanden: „Aber die Abkehr von westlichen Weiten und westlicher Moral, insbesondere im politischen wie auch im gewerkschaftlichen Bereich, gerät zunehmend in die Kritik von im Westen ausgebildeten Liberalen sowohl des In- und Auslands. Die strenge Forderung nach Disziplin läuft westlichen Vorstellungen von Menschenrecht und Individualität entgegen.“